

**Gemeinsame Pressemitteilung vom 11.07.2023**  
**der**  
**Initiativen „Gegen Flächenfraß im Gäuboden“**

- **IG – Gegen OU Mallersdorf-Paffenberg** dafür Verkehrsberuhigung  
Die IG ist gegen den Neubau der Straße von Straubing(B8) nach Mallersdorf mit Anbindung B15 neu B 15 alt und für Verkehrsberuhigung in den Orten An-  
sprechpartner: Dr. Michael Röder, Mallersdorf: [m.g.roeder@web.de](mailto:m.g.roeder@web.de)
  
- **IG – Haindling-Nord – Nein, Regionaltrasse Ja** – „Haindling-Nord“: Nein / „Re-  
gionaltrasse“: Ja  
Statt einer Umgehung Haindling-Nord, die ca. 40 ha beste Ackerböden und Bio-  
otope zerstört und mind. 50 Mio Euro kosten wird, fordern wir eine ökologisch ori-  
entiertere und ökonomisch sinnvolle Verkehrsführung in und um Geiselhöring  
[www.umgehung-geiselhoering.de](http://www.umgehung-geiselhoering.de)  
Ansprechpartnerin: Angela Ramsauer, Geiselhöring
  
- **IG – Alburg – Statt Ortsumfahrung – Verkehrsberuhigung sofort**  
Ansprechpartner: Hans Bender, Straubing-Alburg: [hansjbender@magenta.de](mailto:hansjbender@magenta.de)
  
- **BI „Bündnis zur Bewahrung der Besten Böden Bayerns (BBBB)“**  
Das Bündnis richtet sich gegen eine Verlängerung der B15 alt(Ostumfahrung  
Niedertraubling) von Regensburg in den Gäuboden, wodurch der Gäuboden zur  
Bebauung erschlossen und neue Siedlungsentwicklung in den Gäuboden gelenkt  
wird .  
[www.besteboedenbayerns.de](http://www.besteboedenbayerns.de)  
[www.openpetition.de/petition/online/buendnis-zur-bewahrung-der-besten-bo-  
eden-bayerns](http://www.openpetition.de/petition/online/buendnis-zur-bewahrung-der-besten-bo-eden-bayerns)  
Ansprechpartner: Michael Maly: [michael-maly@t-online.de](mailto:michael-maly@t-online.de)

## **Anlass:**

Bayern liegt im Spitzenfeld beim Flächenfraß und der Bodenversiegelung in Deutschland. Der Flächenverbrauch beträgt allein in Bayern mehr als 10 Hektar pro Tag, bundesweit sind es mehr als 50 Hektar pro Tag. Alle politischen Versprechen zur Reduzierung erwiesen sich bislang als reine Lippenbekenntnisse. Eine gesetzliche Verbindlichkeit wird gezielt vermieden.

Nach vollmundigen Aussagen der Bayerischen Staatsregierung sollen gute Böden nun im neuen bayerischen Landesentwicklungsprogramm vorrangig für die Landwirtschaft, die Ernährungssicherung, den Wasserhaushalt und den Klimaschutz erhalten und geschützt werden. Trotzdem werden auf den besten Böden Bayerns, dem Gäuboden, zahlreiche Großbauprojekte weiter vorangetrieben. Der Gäuboden, mit den besten Böden Bayerns, ist eine in Bayern einmalige, bisher weitgehend unverbaute, urtypische Landschaft, auf deren Fruchtbarkeit der Reichtum und die Geschichte des Landes aufbaute. Zu dessen Erhaltung und gegen dessen Verbauung haben sich Bürgerinitiativen gegründet, die vor der Bay. Landtagswahl durch eine gemeinsame Großdemonstration auf diese nicht wieder gut zu machende landesplanerische Fehlentwicklung hinweisen und sie verhindern wollen.

## **Gemeinsame FORDERUNGEN:**

1. **Verringerung des Flächenfraßes** in Bayern auf 5 ha pro Tag spätestens ab 2025 und ab 2030 "Netto-Null" also keine neue Inanspruchnahme von Flächen
2. **Schutz der besonders ertragreichen Böden Bayerns**
3. **Keine neuen großflächigen Gewerbe- und Industrieansiedlungen im Außenbereich im Gäuboden.**
4. **Keine Straßenneubauten und Ortsumfahrungen (OU) im Gäuboden, ohne vorherige Verkehrsberuhigung.**

Wir fordern ein Umdenken im Umgang mit unseren kostbaren Flächen! Seit Jahrzehnten wird schon gegen Flächenfraß durch Ortsumgehungen sowie Industrie- und Gewerbeansiedlungen von einer großen Anzahl betroffener Bürger gekämpft. Sogar die große Politik hat europaweit erkannt, dass Flächenverbrauch ein ernstes Thema ist, aber leider gibt es bislang nur Lippenbekenntnisse und unwirksame Richtwerte anstatt gesetzlich verbindlicher Regelungen. Die Planungen beruhen meist auf alten

Prognosen und noch älteren Denkweisen; die ökologisch nachhaltige Gestaltung unserer Landschaft und damit der Lebensweise und -qualität unserer und kommender Generationen wird nicht ausreichend berücksichtigt. Genauso verhält es sich bei Industrie- und Gewerbeansiedlungen. hier wird nicht ökologisch nachhaltig geplant. Es zählt nur der kurzfristige Gewinn oder das nächste Wahlergebnis. Die generationenübergreifenden Auswirkungen werden geflissentlich ignoriert.

### **Forderungen bezüglich Industrieansiedlungen:**

Derartige Ansiedlungen dürfen nicht mehr primär nach wirtschaftlichen Interessen geplant werden! Ökologisch nachhaltige landesplanerische Gesichtspunkte dürfen nicht mehr außen vor bleiben, sondern müssen mindestens ebenbürtig gewichtet werden.

Solche Ansiedlung dürfen nur genehmigt werden, wenn

- im Vorfeld in einem Raumordnungsverfahren (ROV) mit Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) der Regierung und in einer Auswirkungs- und Verträglichkeitsanalyse eines unabhängigen Gutachters nachgewiesen wird, dass dieses Projekt an diesem Ort überhaupt raumverträglich ist.
- ein Alternativenvergleich erstellt wird zwischen verdichteter und Flachbauweise. Übermäßige Flächennutzung aus reinen Kostengründen darf nicht mehr genehmigt werden!
- Flächenversiegelung durch Parkplätze möglichst gering gehalten wird! Hier müssen z.B. Parkhäuser oder ähnliches vorgeschrieben werden und Ausnahmen zu begründen!
- landwirtschaftliche Flächen mit hoher Ertragsmesszahl gesetzlich als Vorrangflächen für die Landwirtschaft ausgewiesen werden! Eine Nutzung solcher Flächen darf nur bei besonderer Notwendigkeit und dann auch nur äußerst sparsam erfolgen.
- für jede großflächige Industrieansiedlung eine wirkliche frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung seitens der Genehmigungsbehörden durchgeführt wird. Solche Projekte dürfen nicht am Bürger vorbei geplant werden!
- bereits im Vorfeld die verkehrstechnischen Auswirkungen der An- und Ablieferung von Produktionsmitteln auf die betroffene Umgebung erörtert und minimiert wurden!

Das ist eine Umkehrung der bisherigen Praxis und verhindert bzw. verringert unnötigen Ärger in der Bevölkerung und anschließenden Widerstand gegen solche Planungen.

### **Forderungen bezüglich Ortsumfahrungen (OU)**

Die bisherige Praxis ist: keine Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrten, weil geplante Ortsumfahrung mit unbekannter Ausführung. Wenn dann die Umfahrung gebaut ist, wird die Ortsdurchfahrt nicht verkehrsberuhigt und nach wie vor ausgiebig vom Ziel- und Quellverkehr genutzt. Die Zahl der von Lärm- und Schadstoff betroffenen Bürger wird durch diese Vorgehensweise deutlich erhöht. Es entsteht keine Entlastung, sondern die Belastung wird lediglich weitläufiger verteilt.

Wir fordern deshalb

- bevor eine Ortsumfahrung in Planung geht, müssen zuerst Verkehrsberuhigungsmaßnahmen mit Bürgerbeteiligung fertiggestellt werden. Die in den Verkehrswegeplanungen bereits enthaltenen OU werden nur weitergeplant, wenn ausreichende Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung getroffen wurden.
- Für alle OU die schon in der Planfeststellung sind gilt das Gleiche.
- die Berechnungsmethode – NKV, URE, RWA – ist zu ändern! Es dürfen keine fiktiven Zeitgewinne mehr gewertet werden und die Preise sind auf aktuellem Stand zu rechnen. Stattdessen sind die Auswirkungen auf Anwohner, Umwelt, Raum, Verkehr und Realisierungschancen als Bewertung heranzuziehen.
- Bei allen solchen Vorhaben ist eine tatsächlich frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.
- Zur Verstetigung des Verkehrs und damit auch zur Reduzierung der Staus ist eine entsprechend wirksame Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen Straßen gesetzlich zu beschließen und eine intelligente ökologische Maut auf allen Straßen einzuführen.
- Straßenneubauten und Ortsumfahrungen sind erst nach Umsetzung dieser Maßnahmen und anschließender Neubewertung ihrer Notwendigkeit überhaupt weiter zu planen!

### **Unterstützer Verbände:**

BUND Naturschutz Bayern KG Straubing, Regensburg, ÖDP Niederbayern, LBV (Landesbund für Vogel- und Naturschutz) Bayern, Greenpeace Bayern, Regensburg, Deggendorf, LVOE München, FridaysforFutureRegensburg, AbL Bayern, VCD Bayern, GRÜNE Niederbayern, GRÜNE Obertraubling; Pro Bahn Regensburg; VCD Regensburg; ÖDP Regensburg Land; LBV Oberpfalz; Aktive Bürger Neutraubling; GRÜNE Neutraubling.

### **Unterstützer andere Bürgerinitiativen**

Aktionsbündnis Auwald statt Asphalt, Natur- und Landschaftsschutzverein BI St2080 e.V. Zum Schutz des Ebersberger Forstes, BI Rettenberg-für-alle, Bündnis Nein zur Flughafen-Nordanbindung, BI – Thiergarten, BI – Stop-B15-neu

Gezeichnet

Hans Bender   Angela Ramsauer   Dr. Michael Röder   Michael Maly